

Ein anderer Adenauer?

DT. Konrad Adenauer wurde 82 Jahre alt. Es war zu erwarten, daß sich zu den vielen Gratulanten, die der Politik des Bundeskanzlers seit eh und je zustimmen, noch eine Gruppe von Leuten gesellte, die die Kritik an Adenauers Grundlinie für ein notwendiges Kapitel des Non-Konformismus halten. Die Rede, die Adenauer auf der Pariser NATO-Konferenz gehalten hatte, hatte dem Regierungschef der Bundesrepublik bekanntlich ungewöhnlichen Beifall aus Kreisen eingebracht, die das Konzept der deutschen Regierungspolitik als starr, unfruchtbar und unelastisch kritisieren. Drei Wochen nach jenem Ereignis von Paris ist freilich klarer zu sehen, als es seinerzeit die verwirrende und großenteils schiefe Berichterstattung gestattete, was von dem „anderen“ Adenauer zu halten ist. Hat Adenauer tatsächlich eine Kursänderung vorgenommen? Hat er, wie eine spitze Feder pointierte, sich zum Haupt einer europäischen Fronde gegen Amerika gemacht? Hat gar er, der Protagonist für die Einheit des Westens, einer neutralistischen Aufweichung der mitteleuropäischen Staaten das Wort geredet? Hat er sich gegen die Dulles-Diplomatie der harten Hand ausgesprochen? Hat er also das von ihm geschaffene und zementierte deutsch-amerikanische Bündnis selbst in Zweifel gesetzt?

Solche Deutungen eines „anderen“, eines neuen Adenauer bekamen noch einmal in den Tagen um Neujahr Nahrung, als der Bundespräsident mit seiner sehr persönlich gefärbten Wendung, er wünsche lieber statt der Konferenzen eine Rückkehr zur Geheimdiplomatie, als ein Fortsetzer solch angeblich veränderter Adenauerscher Gedankengänge angesehen wurde. Was Heuss

meinte, war freilich ebenso wenig mit Adenauer abgesprochen, wie in Adenauers politischem Beitrag zur Politik der westlichen Gemeinschaft ernstlich ein Kurswandel hineingelesen werden kann. Es drückt sich in solcher Meinung nur eine Verknennung der politischen Aufgabe aus, wie sie der Mann sieht und betreibt, der nun seit mehr als acht Jahren ohne Pause die Verantwortung für die Deutsche Bundesrepublik trägt.

*

Man könnte in diesen acht Jahren mehr als einmal politische Wendungen im Leben und Wachsen der Bundesrepublik aufzeigen, die sämtlich durch das Geschick des Kanzlers eingeleitet und möglich gemacht worden sind. Vielleicht denkt man nur daran, wie viele Male Adenauer seinen ganzen politischen Einsatz für konstruktive europäische Lösungen (etwa die EVG) mit Mißerfolgen und Enttäuschungen bezahlen mußte. Aber der politische Instinkt Adenauers für das Notwendige hat nie resigniert, wenn er den einen oder anderen Gedanken scheitern sehen mußte. Er hat sich niemals auf das Unabänderliche einer allein gültigen Idee verlassen. Das elementar Politische in seinem Denken und Handeln war und ist eben bis in diese Tage der Gegenwart hinein das Gefühl dafür, daß Politik das ständige Weiterdenken, das immer neue Faktieren, die Suche nach immer neuen Lösungen ist, so viele gestern und heute gültigen sich auch jetzt oder überhaupt nicht als realisierbar erweisen.

So gehört zum Bild dieses ersten und einzigen deutschen Regierungschefs nach dem totalen Chaos die Hartnäckigkeit und die Zähigkeit ebenso wie die Taktik im Ausweichen und im Erkunden und Begehen von

Umwegen. Wie Adenauer in einem geduldigen Kleinkampf mit den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten die Souveränität der westdeutschen Bundesrepublik errungen und dazu für diesen neuen jungen Staat das Ansehen der großen westlichen Bündnispartner erobert hat, das bleibt eine Leistung, die groß und umfassend genug wäre, um geschichtlich zu sein. Mit diesen Mitteln, die aus sehr verschiedenen Elementen menschlicher Fähigkeiten kombiniert sind, hat der Kanzler dann Jahr um Jahr die Bundespolitik in die großen Ströme der Weltpolitik als immer gewichtiger werdenden Partner eingeschaltet. Er gehörte allmählich immer mehr zu den führenden Köpfen der westlichen Politik in dem Grade, in dem der Westen daranging, sich zu einer geschlossenen und starken Einheit gegenüber der Bedrohung aus dem Osten zu formieren. Die Kritik hat Adenauer gern zum „Kalten Krieger“ ersten Ranges erhoben. Und die kommunistische Propaganda hat jahrelang entsprechend auf den Bundeskanzler die Breitseiten ihres Hasses geschossen.

*

Gerade aber die grimmigsten Gegner der konsequenten Politik Adenauers, die Sowjets, überraschten dann die Welt damit, daß sie um den deutschen Bundeskanzler warben. Man erinnert sich, mit welcher Kühnen, die eigenen deutschen Fehler kritisierenden, aber zugleich die psychologische Schuld Moskaus bloßlegenden Rede Adenauer in der sowjetischen Hauptstadt Weinen Feldzug für die Rückkehr der deutschen Gefangenen eröffnete hatte. Wieder war ein „anderer“ Adenauer sichtbar geworden. Doch es war jener, der Politik für die deut-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Der Westen wird diplomatisch aktiv

Nach Antwort auf Bulganin-Brief weitere Schritte zu erwarten

Bonn (Eigenbericht)

In den nächsten Tagen wird eine lebhaftere diplomatische Tätigkeit einsetzen, die ihren vorläufigen Höhepunkt Mitte Januar in der Überreichung der westlichen Antwortbotschaften an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin finden wird. Politische Kreise erwarten, daß diesem westlichen Schritt an dem auch die Bundesregierung beteiligt ist, ein weiterer diplomatischer Austausch folgen wird. Schon am Anfang des neuen Jahres kann man jedoch fast mit Sicherheit voraussagen, daß es 1958 weder zu einer neuen West-Ost-Konferenz unter den Regierungschefs der Großmächte noch unter den Außenministern kommen wird.

Keiner glaubt an Über-raschungen

Die einzige größere Konferenz, die bisher auf dem Terminkalender der westlichen Außenminister steht, ist die für Mai vorgesehene Besprechung der Außenminister aller Mitgliedsstaaten des atlantischen Bündnisses in Paris. Es wird erwartet, daß bis zu dieser Konferenz eine gewisse Klarheit über die außenpolitischen Absichten der Sowjetunion gewonnen sein wird. Die 15 Außenminister werden daher voraussichtlich in der Lage sein, die Weltlage klarer zu überblicken, als es bei der Pariser Konferenz im Dezember möglich war. In westlichen Diplomatenkreisen herrscht aber auch weiterhin die Ansicht vor, daß von den nächsten Monaten keine überraschenden Wendungen zu erwarten seien. Man glaubt nicht, daß eine weitere Erörterung der Vorschläge des amerikanischen Professors George Kennan oder des polnischen Außenministers Rapacki in den kommenden Monaten zu konkreten Ergebnissen führen wird. Wenn gelegentlich auch in offiziellen Kreisen der Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als erwägenswert bezeichnet wird, so soll damit nur zum Ausdruck gebracht werden, daß der We-

sten bereit sei, alle Entspannungsvorschläge zu prüfen.

In den offiziellen Kreisen besteht aber nach wie vor der Eindruck, daß die Sowjetregierung keine politischen Zugeständnisse machen wird, um zu einer Entspannung zu gelangen. Man glaubt daher auch nicht an Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Gelegentlich freundlichere Klänge aus Moskau, zum Beispiel in der telegrafischen Neujahrsbotschaft, die Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer von Worschilow, Chruschtschow und Bulganin erhielten, werden nur sachlich registriert, ohne daß man daraus politische Schlüsse

Macmillans Vorschlag abgeschwächt

„Anregung eines Nichtangriffspaktes ist kein Kurswechsel“

London (ap/dpa). Der britische Premierminister Macmillan hat in einer Rundfunkrede den Abschluß eines feierlichen Nichtangriffspaktes zwischen den westlichen Nationen und der Sowjetunion angeregt und sich für eine Zusammenkunft der führenden Männer der Großmächte zur Überwindung der Spannungen zwischen Ost und West ausgesprochen. Sein Vorschlag wurde jedoch schon kurz darauf von einem Sprecher des Foreign Office mit der Bemerkung eingeschränkt, die Rede des Premierministers bedeute keinen Kurswechsel der britischen Politik.

Der ursprüngliche Vorschlag des britischen Regierungschefs hatte in Washington Überraschung und Ablehnung ausgelöst, in Moskau dagegen Zustimmung gefunden.

Während der britische Premierminister selbst wörtlich erklärt hatte, man könne zur Entspannung mit einem Nichtangriffspakt beginnen, betonte knapp 48 Stunden später ein Sprecher des Außenministeriums, ein solcher Pakt könne nur gemeinsam mit einem allgemeinen Übereinkommen abgeschlossen werden. Als Beispiel nannte er eine Vereinbarung über die Abrüstung oder

zieht. Die drei führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion brachten in dem Telegramm ihre Zuversicht zum Ausdruck, daß 1958 ein Jahr der weiteren Entwicklung und Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sein werde, und schrieben wörtlich: „Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß dank der gemeinsamen Bemühungen aller Staaten ein ruhiges, friedliches Leben ohne Angst vor der Zukunft um das Schicksal ihrer Kinder und Angehörigen den Völkern gesichert werden kann. Wir hoffen, daß die Bundesrepublik Deutschland, ausgehend von diesem edlen Ziel, ebenfalls ihr Teil zur Sache der Zusammenarbeit der Staaten auf Grund der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beitragen wird, die schon weitgehende internationale Anerkennung gefunden haben.“

die Wiedervereinigung Deutschlands.

Ämtliche Kreise in Paris hielten sich mit Stellungnahmen zurück. Sie teilten mit, der ständige NATO-Rat werde sich in Kürze mit der Macmillan-Rede beschäftigen. Ähnlich abwartend verhielt sich auch die italienische Regierung.

In Bonn begrüßte Bundespresseschef von Eckardt die abgeschwächte Erklärung des britischen Außenministeriums. Damit sei klar, so sagte er, daß Macmillan kein isoliertes Nichtangriffsabkommen wünsche.

4,7 Mill. Interzonenreisende

Heimstedt (dpa). Mit 4,7 Millionen Reisenden hat der Interzonenverkehr des Jahres 1957 an beiden Heimstedter Übergängen nicht ganz die gleiche Stärke wie im Rekordjahr 1954 erreicht, in dem 4,8 Millionen Deutsche die Zonengrenze passierten.

Die Umschlagstelle Braunschweig für den Interzonenpaket- und -päckchenverkehr hat 1957 23 Millionen Sendungen befördert. Etwa 70 Prozent dieser Sendungen entfielen auf den Postverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Dibelius: Geistliche sollen ausharren

„Verhältnis zwischen Kirchen in der Zone nie so gut wie jetzt“

Berlin (Eigenmeldung). Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Otto Dibelius, setzte sich nachdrücklich für ein Ausharren der evangelischen Geistlichen bei ihren Gemeinden in der Sowjetzone ein.

Es gebe Fälle, erklärte der Bischof in einem Rundfunkgespräch, in denen auch die Kirchenleitung die Notwendigkeit anerkenne, daß Pfarrer die Sowjetzone verlassen. „Im allgemeinen stehen wir aber auf dem Standpunkt, daß der Pfar-

rer seiner Gemeinde gegenüber Verpflichtungen hat.“ Er sei kein Postsekretär, der auf jedem beliebigen Postamt Dienst tun könne. „Er darf seine Gemeinde nicht verlassen im Augenblick der Gefahr.“

Zum Verhältnis zwischen katholischer und evangelischer Kirche im „deutschen Osten“ meinte der Bischof, es sei noch niemals so positiv gewesen wie heute. Dieses Bild zeige sich überall dort, erläuterte er, wo die Kirche im „wirklichen Kampf“ steht.

Leitwort zum Katholikentag
Bischof Dr. Julius Döpfner beruft das Lokalkomitee

I. Berlin (Eigenbericht)

„Unsere Sorge der Mensch — unser Heil der Herr“, so lautet das Leitwort des 78. Deutschen Katholikentages 1958 Berlin, der vom 13. bis 17. August stattfindet. Bischof Dr. Julius Döpfner verkündete das Leitwort bei einem feierlichen Pontifikalamt. Er begrüßte die Wahl Berlins: „Trägt doch keine Stadt sonst in unserem Vaterland Not und Aufgabe so in sich wie Berlin.“

In seiner Predigt begründete

Bischof Dr. Döpfner das Leitwort. Es sind Worte, die auf die Bedrohung des Menschen durch Technik, Materialismus, aber auch vom Wohlstand her hinweisen, auf eine Not, „die in beiden Teilen Deutschlands immer noch wächst“. Es sind auch Worte, die von der „übermäßigen Anwanderung des Staatsapparates“ und von „Staatsystemen einer unerhörten Knechtung des Menschen“ sprechen. Trotz allem lehnen die Christen die Errungenschaften nicht ab, so betont Bischof Döpfner, diese müßten vielmehr von Christus erhellt werden.

Wenig später wurde in der Kongreßhalle das Lokalkomitee in feierlicher Form und vor den Delegierten der Pfarreien und Organisationen berufen. Nach einem Grußwort des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, teilte dieser mit, daß auch Papst Pius XII. mit großer Freude der Wahl Berlins als Veranstaltungsort des diesjährigen Katholikentages zugestimmt habe. Vorsitzender des Lokalkomitees ist Prof. Dr. Emil Dovifat, Direktor des Instituts für Publizistik an der Freien Universität.

Den Festvortrag zum Thema „Unser Glaube und der Kosmos“ hielt Universitätsprofessor an der FU, Dr. Günther Ludwig. Als Naturwissenschaftler bekannte er sich zur Schöpfung: „Die Struktur der Welt offenbart eine wunderbare Ordnung, die nicht aus der Welt selbst entstanden sein kann. Diese Schöpfung ist aber kein Uhrwerk, das Gott einmal in Lauf gesetzt hat, keine Schöpfung zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern Raum und Zeit selbst sind zusammen mit der Welt geschaffen.“

Der Festakt in der Kongreßhalle wurde umrahmt mit Darbietungen des Mozart-Orchesters und des St.-Hedwig-Kathedral-Chors.

Nervöse Reaktionen

DT. Gift und Galle spuckt der SED-Propagandaprofessor Albert Norden gegen den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Ernst Lemmer kann zwar nicht getroffen werden, da diese Absonderung einer hemmungslosen Polemik an den Spalten des „Neuen Deutschland“ klebenbleiben. Jedoch: Wenn die SED jetzt versucht, auf niedrigstem Niveau einen Mann persönlich zu verunglimpfen, indem sie das Gegenteil dessen behauptet, was er wirklich sagte und wofür er sich tatsächlich eingesetzt hat, so bedeutet das für die Agitation Pankows höchste Alarmstufe. Warum? Weil hier ein Bundesminister seine Aufgabe nicht im unnützen Pala-

ver mit Pankower Politikern sieht, sondern realistisch das Beste aus der gegenwärtigen Situation der Spaltung zu machen sucht; außerhalb der Politik die „menschlichen Kontakte“ über die Zonengrenzen hinweg zu verbessern.

Weil ein derartiges Denken oder Handeln den SED-Funktionären fremd und damit verdächtig ist, geraten sie in Abwehrstellung. Und weil sie mit gleichen Mitteln keinen Gegenangriff führen können, gilt es, den Gegner mit Behauptungen zu diffamieren. Die Taktik ist billig, primitiv, durchschaubar; sie zeugt von Einfallslosigkeit und Ratlosigkeit. Ausgerechnet Lemmer, der sich als Postminister gegen jede Zensur gewehrt hat, der wohl zuletzt in Verbindung mit dubiosen Nachrichtendiensten gebracht wer-

(Fortsetzung Seite 7)

An Europas Spitze berufen

Führungsorgane der Gemeinschaft ernannt

Paris (ap/dpa). Die Außenministerkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft hat eine Woche nach Inkrafttreten der Verträge die Führungsorgane der neuen europäischen Gemeinschaft bestimmt, sich jedoch noch nicht auf eine Stadt für ihre Unterbringung einigen können. Bei der Verteilung der Führungsposten auf die sechs Staaten erhielt die Bundesrepublik mit der Ernennung von Staatssekretär Hallstein zum Präsidenten der Europäischen Kommission für den Gemeinsamen Markt die Schlüsselstellung in der Wirtschaftsgemeinschaft. Sie stellt mit dem gegenwärtigen Botschafter in Washington, Krekeler, außerdem eines der fünf Mitglieder der Euratom-Kommission. In der Hohen Behörde der Montanunion wird sie künftig durch den früheren Vizekanzler Franz Blücher vertreten sein.

Das Präsidium der Kommission für die Europäische Atomgemeinschaft fällt an den Präsidenten der französischen Eisenbahnen und bewährten Atom-sachverständigen Louis Armand. Den Vorsitz in der Montan-behörde übernimmt der belgische Gewerkschaftler Finet, die Investitionsbank wird von dem Italiener Pietro Campilli und der Gerichtshof der Wirtschafts- und Atomgemeinschaft von einem noch nicht nominierten Niederländer geleitet.

Am 25. Januar werden sich die sechs Außenminister in einer neuen Konferenz in Brüssel als Europäischer Ministerrat und Spitzengremium der Gemeinschaft konstituieren.

Die sechs Minister wollen noch vor dem 1. Juni dieses Jahres erneut zusammentreten, um über das wichtige, aber bisher ungelöste Problem des Sitzes der europäischen Organisationen zu entscheiden. Bis dahin werden Gutachten von Sachverständigen, von den vorläufig in Straßburg bleibenden europäischen Versammlungen und von den Präsidenten der europäischen Organisationen vorliegen. Die Minister kamen in Paris zwar überein, die Organisationen, „sobald dies tatsächlich durchführbar ist“, an einem einzigen Ort zusammenzufassen, brachten es aber nicht fertig, einige, vor allem auf Luxemburg zurückgehende „Schwierigkeiten am Rande“ zu überwinden. „In diesem Punkte waren die Beratungen eher ein Wunschkonzert als eine Konfe-

renz“, meinte ein Delegationsmitglied ironisch.

Die europäischen Kommission für die Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom, deren offizieller „Geburtstag“ am 10. Januar ist, werden zu einem von ihren Präsidenten zu bestimmenden Termin „mangels eigener Unterkunft“ nach Val Duchesse bei Brüssel oder nach Luxemburg einberufen.

Mit den Entscheidungen der Außenministerkonferenz ist nicht nur das Anlaufen der beiden neuen Organisationen, sondern auch eine Umgruppierung in der bereits bestehenden Montanunion verbunden. Zum erstenmal in ihrer Geschichte wird ein Gewerkschaftsführer, der Belgier Paul Finet, Präsident der Hohen Behörde. Den Posten des Vizepräsidenten, den bisher der jetzige deutsche Finanzminister Franz Eitel innehatte, übernimmt der Holländer Dierk Spierenburg.

Nach Abschluß der Zusammenkunft von Paris erklärte der italienische Außenminister Pella auf einer im Uhrensaal des französischen Außenministeriums veranstalteten Pressekonferenz, die Minister hätten sich bei der Auswahl der führenden Persönlichkeiten für die neuen Institutionen vom Grundsatz der gerechten Aufteilung der Funktionen unter den Mitgliedstaaten leiten lassen. Man wolle das System des „Rotierens“ anwenden, damit jeder Mitgliedstaat in gleicher Weise an der Besetzung der wichtigsten Ämter innerhalb der Europäischen Gemeinschaften teilhabe.

Moskau auf den Filmfestspielen?

Berlin (Eigenmeldung). Der Senat hat sich am Dienstag mit den Vorbereitungen der VIII. Internationalen Filmfestspiele Berlin 1958 beschäftigt. Er beschloß, dem Auswärtigen Amt vorzuschlagen, die Sowjetunion zu diesen Filmfestspielen einzuladen.

Mit Sowjet-Filmen

DT. Im Kino-Parkett schweigt man im allgemeinen. Aber der Film erleichtert es vielleicht, hinterher ins Gespräch zu kommen. Diese Überlegung mag mitgespielt haben, als jetzt der Senat beschloß, für eine Einladung der Sowjetunion zu den Berliner Filmfestspielen einzu-treten. Man kann es auch anders formulieren: Hier nähern sich zwei Arten der Kunst — Film und Diplomatie.

Natürlich, es wäre völlig utopisch, etwa von dem Beifall, den möglicherweise ein sowjetischer Film in Westberlin finden wird, eine positive Ausstrahlung auf die politische Wirklichkeit zu erwarten. Dazu hat uns die Sowjetunion nun seit zwölf Jahren einen zu schlechten, tendenziösen Film in Deutschland vorgeführt. Und nicht nur in Deutschland allein. Aber viel unrealistischer noch wäre es, diese Weltmacht, die noch dazu ein großes künstlerisches Erbe verwaltet, weiterhin unter Berufung auf berechnete Ressentiments aus der internationalen Konkurrenz der Berlinale auszuschließen. Abgesehen davon, daß man in Cannes und Venedig ganz anders denkt.

So kann die Haltung des Senats nur vernünftig genannt werden. Daß auch die Sowjets genug Takt haben werden, uns keine Agitations-Schinken vorzusetzen, darf als selbstverständlich gelten. Andererseits sieht man in Berlin klar genug, um hinter künstlerischen Leistungen die Realitäten nicht aus den Augen zu verlieren. Und da dann hoffentlich auch sehr viele Sowjetrussen die Festspielfilme der geschmähten westlichen Völker besuchen werden, wird diese Begegnung für beide Seiten nützlich sein.

Wir müssen doch unter einen Hut kommen...

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

A. B. Berlin (Eigenbericht)

Die SED spricht am Anfang eines neuen Jahres von der großen Perspektive, die für die mitteldeutsche Bevölkerung gegeben ist. Im Rausche angeblicher Erfolge, die nur in Planzahlen auf dem Papier Bestand haben, ignorieren die verantwortlichen Funktionäre in Verwaltung und Wirtschaft die tatsächlichen Gegebenheiten. Sie politisieren alle Zweige des öffentlichen Lebens:

HALLE

Die Reise zu Onkel und Tante ist Politik: Auf einer Einwohnerversammlung in Halle erklärte SED-Funktionär Sielaff, ein verantwortungsbewußter Bürger der DDR könne nicht in die Bundesrepublik reisen, auch nicht privat zu Onkel und Tante, weil die Bonner Kriegshysteriker die zunehmende Zahl von Besuchsreisen nach Westdeutschland als eine Anerkennung ihrer Politik durch die Bürger der DDR ansehen. Außerdem würde die Bundesrepublik nicht nur die Stahllieferungen, sondern auch Apfelsinen, die zu Weihnachten dasein sollten, schikanös aufgehalten haben. Ein Staat, der Menschen einsperrt, nur weil sie laut auf der Straße Frieden gerufen haben, sei kein Staat mehr, sondern eine Brutstätte des Militarismus und Faschismus.

Ausgesprochen festliche Stimmung herrschte im Theater des Friedens in Halle, wo zum Jahresausklang der „Rosenkavalier“ aufgeführt wurde. „Ausverkauft“ hängt allabendlich über der Kasse des Theaters, und ein heiter gestimmtes Publikum, sehr häufig auch in guter Garderobe, verläßt das Foyer. Nur der SED-Kritiker Prof. Dr. Siegmund-Schultze erfüllt in einer Rezension in der SED-Zeitung Halle sein Soll mit den Worten: „Gerade in einem solchen Werk ist die Problematik unserer Zeit, die Dekadenz des Imperialismus nicht zu überhören.“

DRESDEN

Über den Sportverkehr mit der Bundesrepublik. Kein Sport- und Spielverkehr ohne politische Konzeption: Der Bezirksvorstand des Sportbundes der Zone forderte für 1958: Erziehung aller Mitglieder zu sozialistischen Kämpfern, die Beseitigung der Trennung zwischen politischer und fachlicher Erziehung und die Einführung des Leistungssports. Kein Sportverkehr mit der Bundesrepublik soll ohne klare Konzeption über die politischen Ziele der Sowjetzone aufgenommen werden. Kein Sportverkehr aus Reiselust, sondern jede sportliche Begegnung mit westdeutschen Sportlern soll als ein Mittel betrachtet werden, die Vorzüge der sozialistischen Körperkultur klarzumachen und die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse herzustellen. Wenn aber ein Sportler die DDR verrät, indem er nicht zurückkehrt, muß darüber sofort eine Massendiskussion eingeleitet werden, um die Mannschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Bis Ende 1958 sollen 25 000 Bürger des Bezirks Dresden zu aktiven Sportlern gewonnen werden. Die politische Reife der Sportler zeige sich aber in der Bereitschaft, freiwillige Aufbaustunden zu leisten und in die Nationale Volksarmee einzutreten.

MAGDEBURG

Nach dem Fest: Waschlappen und Damenstrümpfe. Das Angebot an Weihnachtswaren ist größer geworden: Eine Woche nach dem Weihnachtsfest sind allerlei nützliche Dinge für den Weihnachtsbaum und für den Gabentisch eingetroffen. Noch nie zuvor war das HO-Warenhaus am Platz des Friedens so gut versorgt wie nach dem Fest. Endlich gibt es ausreichend Waschlappen und Nähseide, sogar Oberhemden und Damenstrümpfe. Nicht wenig erstaunt war eine Angestellte des HO-Warenhauses am Boleslav-Bierut-Platz in Magdeburg, als eine Kundin ihr zeigte, wie stark ein blauer Waschlappen abfärbt, aber leider konnte die Verkäuferin den Mangel nicht

erklären und durfte weder den Waschlappen umtauschen noch das Geld zurückgeben. Apfelsinen, die reichlich angeboten werden, sollen nach Ankunft der Verkäufer aus Schikane im Hamburger Hafen festgehalten worden sein. Und die Aluminiumtöpfe sollen aus Exportlieferungen stammen, die von Ägypten nicht abgenommen wurden.

ROSTOCK

Besuch aus Stettin: Als Freundschaftsbesuch aus Polen wurde das Eintreffen einer Delegation polnischer Funktionäre aus Stettin, das die SED Szeccin nennt, gefeiert. Als Beginn einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zweier Hafenstädte begrüßte der Oberbürgermeister die Gäste. Nicht erwähnt wurde die Tatsache, daß auch heute der kleine Grenzverkehr an der Oder verboten ist, daß es keine Passierscheine zum Besuch der Gräber in Slubice, dem östlichen Teil von Frankfurt an der Oder, gibt und daß bewaffnete Posten die Friedensgrenze scharf bewachen, damit die Friedensfreunde nicht zueinander kommen.

Polen tauschten Butter gegen Medizin. Inoffiziell besuchten die polnischen Delegierten die Apotheken und kauften Medikamente für ihre Landsleute ein, tauschten Butter gegen Streptomycin und besorgten sich billige Kugelschreiber.

Im Pionierhaus feiert Sputnik den Sieg des Sozialismus. Filme und Vorträge sollen die Jugend mit den Errungenschaften der sowjetischen Technik vertraut machen. Vorträge über Rakete-technik mit Vorführungen am Modell üben eine recht beachtliche Anziehungskraft aus. Anschließend können sich die Jugendlichen in eine Liste zur Teilnahme an der Jugendweihelie eintragen. Wer sich nicht einträgt, hat die großen „Perspektiven“ nicht erkannt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Das Kaiserreich und Lenin

Neue Ergebnisse aus alten Dokumenten

New York (ap). Der amerikanische Völkerrechtler Professor Stefan T. Possony hat am Dienstag auf einer Pressekonferenz das Ergebnis einer zehnjährigen Forschungsarbeit vorgelegt, die ihn zu der Überzeugung geführt hat, daß im wesentlichen das kaiserliche Deutschland Lenin und dem Bolschewismus die Machtübernahme in Rußland ermöglicht habe.

Professor Possony, der an der Georgetown-Universität lehrt, untermauerte seine Darlegungen mit Fotokopien von Dokumenten des Berliner Auswärtigen Amtes, die bei Kriegsende 1945 von den Siegermächten beschlagnahmt wurden. Aus ihnen geht hervor, daß Lenins bolschewistische Exilpartei in den Jahren vor der Oktoberrevolution von 1917 von deutscher Seite Zuwendungen in Höhe von etwa 50 Millionen Goldmark erhalten hat. Nach dokumentarisch niedergelegten Ausgabennachweisen wurden 47 Millionen Mark, die allein für 1917 etatsmäßig zur Unterstützung der russischen Revolution verfügbar gewesen waren, bis auf 419 000 Mark tatsächlich für diesen Zweck verbraucht.

Nach dem vom 8. Mai 1916 datierten Bericht eines Kontaktmannes namens Hans Steinwachs an das kaiserliche Auswärtige Amt hat ein Agent namens Keskuola „60 000 Mark für russische Propaganda“ erhalten. Das Schriftstück spricht von der „sehr wertvollen Verbindung“, die jener Keskuola mit dem damals in der Schweiz lebenden Lenin unterhalte.

Unter anderem legte Professor Possony auch die Kopie eines Telegramms des Staatssekretärs Zimmermann an Kaiser Wilhelm II. vor, das unter dem 3. Dezember 1917 — also nach der Oktoberrevolution, aber vor dem Waffenstillstand an der Ostfront — von deutscher Untergrundarbeit gegen Rußland im Sinne der Unterstützung „separatistischer Tendenzen und der Bolschewisten“ und von „Mitteln“ spricht, die den Bolschewisten den Aufbau ihres (im Mai 1912 von Lenin gegründeten und in Krakau

redigierten) Parteiorgans „Pravda“ ermöglicht hätten.

Professor Possony erklärte, es sei ihm bei seinen Forschungen schon bald klargeworden, daß das kaiserliche Deutschland einen Umsturz in Rußland gewollt und im ersten Weltkrieg aktiv auf ihn hingearbeitet habe. Was bisher darüber geschrieben worden sei, sei voller Ungenauigkeiten und Voreingenommenheit. Insbesondere seien die vielfältigen Beziehungen zwischen der Regierung des kaiserlichen Deutschland und Lenin, der ein Verräter seines Landes im Kriege

Ein anderer Adenauer?

(Fortsetzung von Seite 1)

sche Sache, für die Sache der Freiheit und Menschlichkeit, trieb. Das war ein Politiker, der eine andere Sachlage und einen anderen politischen Partner vor sich hatte. Mochten damals, als Adenauer in Moskau war, auch besonders im Ausland Bedenken umgehen, hier könnte der bisher so geschätzte Kämpfer für die westliche Front mit dem eigenen nationalen Interesse überhaupt die gemeinsame Aufgabe schädigen oder ganz verraten — sie waren nachher einsichtig genug, zu erkennen, daß eine Politik der Beharrlichkeit keineswegs eine Politik der Starrheit ist.

*

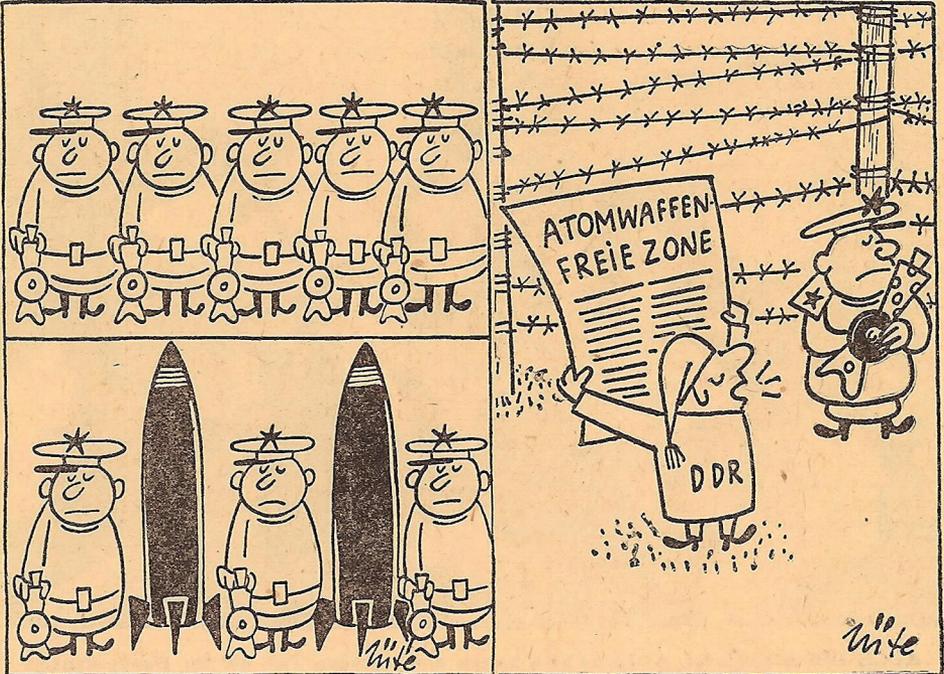
Das große Ziel als umfassende Konzeption muß man fest nicht nur im Auge haben, sondern man muß aus solchem Wesen heraus seine verschiedenen politischen Aktionen und Schritte tun: das ist Adenauers offensichtlich so erfolgreiches Rezept. Es gestattet ihm, nun den westlichen Freunden und Verbündeten zu empfehlen, die Nachprüfung beim sowjetischen Partner zu versuchen, die Verhandlung mit ihm über Fragen der Rüstungskontrolle intensiv zu betreiben und also vor die mögliche Atomrüstung mit Raketenwaffen die neuerliche Konsultation mit den Sowjets zu setzen. Diese Anregungen Ade-

gewesen sei, beweihräuchert oder beschönigt worden.

Professor Possony hat in seinen zehnjährigen einschlägigen Forschungen mit 24 internationalen Bibliotheken zusammengearbeitet, etwa 100 Unterredungen mit prominenten Persönlichkeiten geführt und etwa 6000 Meter Mikrofilm sowie rund 10 000 Dokumente geprüft. In den letzten zwei Jahren finanzierte die Zeitschrift „Life“ die Forschungen, die am Mittwoch auch eine einschlägige Artikelreihe darüber zu veröffentlichen beginnt. Der Autor der Artikelreihe, Alan Moorehead, läßt am 18. Januar auch ein Buch erscheinen. Professor Possony selbst stellte eine eigene Buchveröffentlichung für 1959 in Aussicht.

nauers haben aber niemals die Verbindung mit der Hauptmacht des Westens, mit den Vereinigten Staaten, gelöst oder auch nur lösen wollen. Sie haben im Gegenteil das Macht- und Einigungsbewußtsein der in der NATO verbundenen Weststaaten auf einen neuen Weg gegenüber dem Osten gewiesen: auf einen Weg, der durchaus folgerichtig dem Osten klarmacht, daß er es mit einer geschlossenen Kraft zu tun hat: mit einer Kraft, um die der Osten weder auf dem Verhandlungs- noch auf dem Rüstungsweg herumkommt.

Der jetzt ins 83. Jahr gehende Bundeskanzler ist gewiß der älteste Staatsmann, der aktiv heute in der großen Politik eine Rolle spielt. Der kanadische Ministerpräsident Diefenbaker, der ihm in Paris zum ersten Male begegnete, faßte seinen Eindruck von der Vitalität des alten Mannes in das Wort: „Welch ein lebendiger junger Mann für dieses Alter.“ Es ist gewiß, daß gerade Adenauers Fähigkeit, im richtigen Zeitpunkt das Gemäße zu tun oder vorzuschlagen, seine ungewöhnliche politische Bedeutung bestimmt. Der „andere“ Adenauer ist also nie einer, der Gesinnungen und Meinungen umstülpt, sondern ein Politiker, der das Gespür für das Wesentliche und das Mögliche in dieser Zeit hat.



Die Sowjetunion verringert ihre Truppenstärke

„Und wie wär es mit 'ner freien Zone überhaupt?!"

Abrüstung

DT. Die Entlassung von 300 000 sowjetischen Soldaten, die ausschließlich den Land- und Seestreitkräften angehören, kann in der Zeit der Atom- und Raketenrüstung nicht verwundern. Oft und laut genug hat sich Chruschtschow zur Modernisierung der Waffentechnik und damit zur Reform der bisherigen militärischen Struktur bekannt. Hätte Moskau vor zwölf Jahren gleichzeitig mit den Amerikanern eine derartige Demobilisierung vorgenommen, wäre sie weit eher als ein Zeichen guten Friedenswillens empfunden worden als heute — ganz abgesehen davon, daß noch genügend Soldaten den konventionellen Waffengattungen in der Sowjetunion und im besetzten Ausland verbleiben. Man nimmt die Meldung aus Moskau aufmerksam zur Kenntnis. Eine Periode der Abrüstung und Entspannung könnte auf diese Weise nur

vorbereitet und eingeleitet werden, wenn weitere Maßnahmen folgen und eine Bereitschaft auch auf dem wesentlichen Gebiet der Abrüstungskontrolle gezeigt wird.

(Fortsetzung von Seite 3)

Nervöse Reaktionen

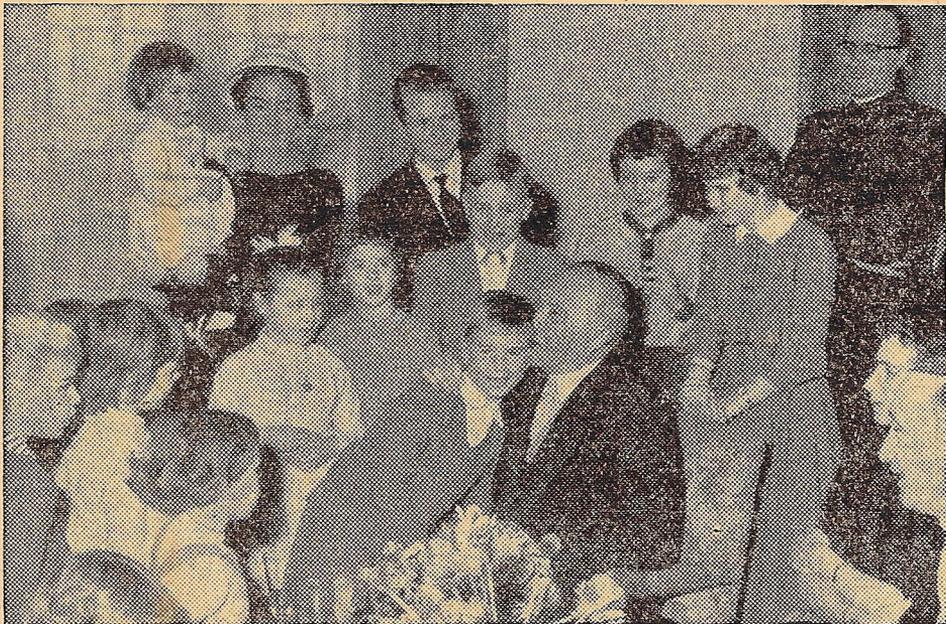
den kann und sich sogar gegen den Widerstand in eigenen Reihen für eine Amnestie politischer Häftlinge ausgesprochen hat, wird nun in finstersten Farben als Agent und kalter Krieger gemalt.

Dies nun könnte eher amüsieren als verärgern, wenn nicht hinter allem die Absicht stände, den Zonenbewohnern einzureden: seid froh, daß die Regierung die Reisebehinderungen durchführt, freut euch über das Paßgesetz, verzichtet mit sozialistischem Stolz auf die Besuchsreisen nach Westen, wo

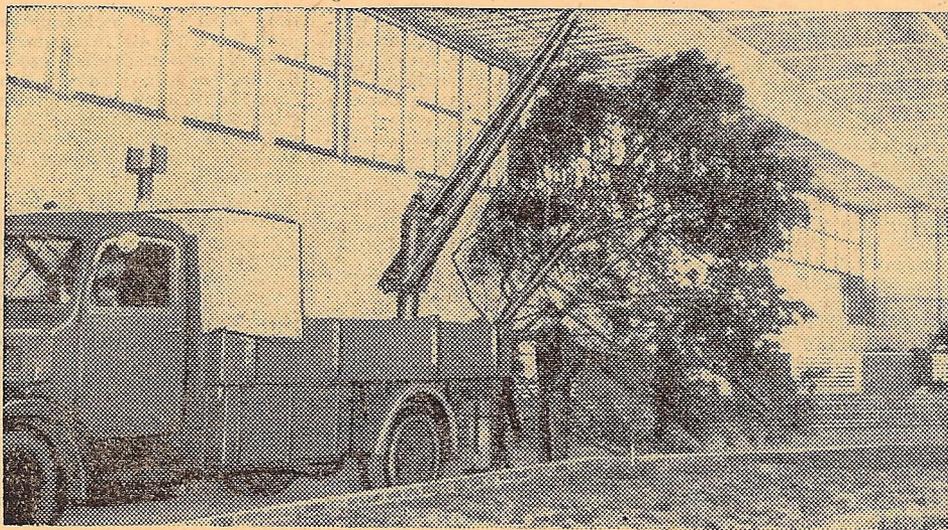
man euch nur mißbrauchen will. Die Tür, die in Deutschland für alle Deutschen geöffnet werden soll, wird von den SED-Machthabern als Falltür bezeichnet; ginge es nach ihnen; würde sie geschlossen bleiben. So sieht man in Pankow die Koexistenz.

Die Familie als Parteizelle

Leipzig (DPA). „Ich arbeite mit meiner Familie wie in einer Parteigruppe“, versicherte ein SED-Funktionär in Leipzig auf einer Tagung über Erziehungsfragen, die in Anwesenheit des Ersten SED-Sekretärs Walter Ulbricht stattfand. Nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (SED) wurde gefordert, die sozialistische Lebensweise auch in den Familien spürbar werden zu lassen. Gleichzeitig förderte die Diskussion jedoch zutage, daß nach wie vor zwischen dem Elternhaus einerseits und Schule sowie Jugendverband andererseits eine tiefe Kluft besteht.



AUCH DIE ENKEL Dr. ADENAUERS hatten einen großen Tag, als der Bundeskanzler am 5. Januar seinen 82. Geburtstag feierte



IN DEN BERLINER MESSEHALLEN am Funkturm hat der „Anmarsch“ von Bäumen für die kommende „Grüne Woche“ begonnen